

INHALTSVERZEICHNIS

Wie bisher auf die Überschrift hier im Inhaltsverzeichnis klicken und der Newsletter springt zum gewünschten Artikel. Beim Klick auf **zu Seite 1** springt das Dokument zurück zum Inhaltsverzeichnis.

Grußwort	1
Interesse an Gewerkschaftsarbeit?	1
Smart Country Convention 2025	2
Betriebsrenten sollen die Rente retten	3
»Public Data – besser mit Behördendaten umgehen«	4
Stellenbewertung leicht gemacht	4
Fahrradleasing für Beschäftigte des Landes Berlin	5
Sozialämter am Limit	6
Interesse an Gewerkschaftsarbeit?	7
Wo kann man Trauern und gibt es Grenzen	8
Personalversammlung BA. Pankow 2025	10
Eine GVV-Mitgliedschaft lohnt sich!	11
Cartoon	12
GANZ ZUM SCHLUSS	12

Interesse an Gewerkschaftsarbeit?

„Du möchtest dich für gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Solidarität einsetzen? Dann mach mit bei unserer Gewerkschaftsarbeit!“

Grußwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr beginnen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst – und sie werden richtungsweisend für unsere Zukunft. Tag für Tag sorgen wir dafür, dass unser Staat funktioniert: in Verwaltungen, Kitas, Kliniken, Werkhöfen, Betrieben und Einrichtungen. Unsere Arbeit hält das Land am Laufen – und das verdient Respekt und Anerkennung.

Doch wir alle spüren: Die Anforderungen steigen, die Personaldecke wird dünner, und die Gehälter halten mit den Preisen kaum Schritt. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen verlassen den öffentlichen Dienst, weil die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung nicht mehr stimmen. Das darf so nicht weitergehen!

Darum ist klar: Wir brauchen spürbar mehr Geld, bessere Arbeitsbedingungen und echte Wertschätzung – nicht nur in Worten, sondern auf dem Konto. Nur so können wir dem Fachkräftemangel begegnen und den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen.

Wenn die Gewerkschaften zu Aktionen, Kundgebungen oder Streiks aufrufen, machen Sie mit! Jede und jeder Einzelne zählt. Auch Beamte dürfen sich in ihrer Freizeit beteiligen. Gemeinsam zeigen wir: Wir stehen zusammen – für faire Bezahlung, gute Arbeit und einen starken öffentlichen Dienst!

Mit freundliche Grüßen
Klaus-Dietrich Schmitt
Vorsitzender



Smart Country Convention 2025

Zwischen Innovation und Verwaltung – Zukunft gestalten

Berlin, 30. September – 2. Oktober 2025 – Unter dem Motto „**Stadt.Land.Tech**“ versammelt sich die digitale Verwaltung mit Politik, Wirtschaft und Forschung erneut in Berlin, um Wege in eine smarte Zukunft zu diskutieren. Die Smart Country Convention 2025 fand drei Tage lang auf dem Messegelände Berlin (hub27 & weitere Hallen) statt.

Themenschwerpunkte und Ziele

Zentrale Themen sind digitale Verwaltung, Smart City & Smart Region, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und smarte Infrastruktur.

Die Organisatoren wollen zeigen, wie Digitalisierung nicht nur technologisch, sondern auch verwaltungstechnisch, rechtlich und gesellschaftlich gestaltet werden kann – mit Blick auf Interoperabilität, Datenmodelle, Registermodernisierung und Verfahren wie Rules as Code.

Mit der neuen Schirmherrschaft durch das **Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS)** unter Digitalminister Karsten Wildberger setzt Deutschland ein Zeichen: Digitalisierung soll sichtbare Fortschritte bringen und die Verwaltung bürgernäher werden.

V.r.n.l.: Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Klaus-Dietrich Schmitt, Vorsitzender der GVV



Programm & Formate

- Es gibt über **900 Sessions** und rund **70 Workshops**, darunter exklusive Trainings der Bitkom Academy.
- Auf sieben Bühnen präsentieren etwa **650 Speakerinnen und Speaker** aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Best Practices, Strategien und Zukunftsvisionen.
- Ein weiteres Highlight: der Smart Country Startup Award, bei dem junge Unternehmen ihre innovativen Lösungen in GovTech / Smart City vor Fachpublikum und Jury pitchten.

Aussteller und besondere Beiträge

Unternehmen, Behörden und Institutionen wie die Bundesdruckerei Gruppe, das Bundesministerium der Finanzen, das ITZBund und viele andere zeigen ihre Projekte. Beispiele:

- Die **Bundesdruckerei** stellt unter anderem vertrauenswürdige KI-Systeme, digitale Identitäten, Portalkonsolidierung und Lösungen zur Cybersicherheit vor.
- Das **Bundesfinanzministerium (BMF)** spricht unter anderem über die Modernisierung von Registern, KI-basierte Anwendungen in sensiblen Bereichen und wie Verwaltungsprozesse lebenslagenorientiert gestaltet werden können.

Teilnehmer, Rahmenbedingungen & Angebote

- Erwartet werden über 18.000 Teilnehmer aus Kommunen, Ländern, Bundesverwaltung, Digitalwirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.
- Der Eintritt ist kostenfrei.
- Die Messe erstreckt sich über drei Hallen (hub27, Halle 25 plus erstmals Teile von Halle 26) – ein Hinweis auf Wachstum der Veranstaltung.

Herausforderungen und Ausblick

Obwohl schon viel möglich ist, wird in Berlin deutlich: Deutschland muss Digitalisierung in puncto Tempo, Interoperabilität und Bürgernähe weiter ausbauen. Themen wie Datenschutz, digitale Souveränität und die Frage, wie Verwaltungsprozesse entlang von Lebenslagen gestaltet werden können, stehen tief im Fokus. Die SCCON25 möchte nicht nur Diskussionen ermöglichen, sondern konkrete Impulse für Reformen liefern.

Fazit

Die Smart Country Convention 2025 ist mehr als eine Messe – sie ist ein Knotenpunkt für alle, die den digitalen Wandel in Staat und Verwaltung aktiv gestalten wollen. Mit ihrer Bandbreite von Innovationen, politischen Impulsen und Praxislösungen bietet sie eine Plattform, auf der Zukunft gemeinsam sichtbar, diskutierbar und gestaltbar wird.

Betriebsrenten sollen die Rente retten

Kongress des Eberbacher Kreises

Berlin, 23. September 2025 – Unter dem Motto „Reset in der Alterssicherung in Deutschland“ hat der Eberbacher Kreis heute in Berlin seinen „Eberbacher Appell“ vorgestellt. Die Vereinigung führender Experten für Betriebsrenten und Altersversorgung fordert darin einen grundlegenden Neustart der deutschen Rentenpolitik.

Sprecher **Dr. Marco Arteaga** warnte vor der zunehmenden Belastung des Bundeshaushalts: Bereits heute fließen rund ein Viertel der Mittel in Zuschüsse an die Rentenversicherung – Tendenz steigend. „Diese instabile Situation beschädigt das Vertrauen der Bevölkerung in die Rente und gefährdet im Ergebnis unsere Demokratie als Ganzes“, so Arteaga.

Reform statt Kommission

Anstelle einer neuen Rentenkommission fordert der Kreis einen **Runden Tisch** mit allen Beteiligten. Dort sollen sämtliche Stellschrauben – von Einnahmen bis zu Ausgaben – überprüft werden, um den Anteil der Steuerzuschüsse schrittweise zurückzufahren. Das Festhalten an Haltelinien bei Rentenniveau und Beitragssatz bezeichnete der Kreis als politisches Dilemma: Ohne Korrekturen wachse die Abhängigkeit von Steuermitteln zwangsläufig weiter.

Betriebsrenten als zweite Säule

Kernstück der Vorschläge ist ein **massiver Ausbau der betrieblichen Altersversorgung (bAV)**. Diese soll die absehbar schwächere Dynamik der gesetzlichen Rente ausgleichen. Betriebsrenten seien kapitalgedeckt, unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung und könnten so langfristig Stabilität sichern.

Der Kreis legte hierzu einen **8-Punkte-Plan** vor. Dieser sieht unter anderem vor:

- eine rechtliche Vereinfachung der „reinen Beitragszusage“ ohne Tarifvertragspflicht,
- die Zulassung von Branchen- und Verbandslösungen,
- flexiblere, transparente Kontenmodelle für Arbeitnehmer,
- sowie steuerliche Verbesserungen und Rechtssicherheit für Unternehmen.

Arteaga betonte: „Unternehmen brauchen Kostensicherheit, Flexibilität und klare Regeln. Nur dann kann die Betriebsrente eine echte zweite Säule der Alterssicherung werden.“

Kritik am Regierungsentwurf

Das kürzlich verabschiedete **Zweite Betriebsrentenstärkungsgesetz** greife nach Ansicht des Kreises zu kurz. Es korrigiere lediglich Detailfragen bestehender Systeme, setze aber keine Impulse für eine breite Verbreitung der bAV. Die Hoffnung, dass tarifungebundene Unternehmen freiwillig Versorgungsverträgen beitreten, bezeichnete Arteaga als „schlicht töricht“.

Vier Schritte für den Neustart

Der Appell des Eberbacher Kreises bündelt sich in vier Kernforderungen:

1. **Reform der gesetzlichen Rentenversicherung** durch konkrete Beschlüsse eines Runden Tisches.
2. Verzicht auf eine neue Rentenkommission, die nur Zeit verliere.
3. **Massiver Ausbau der Betriebsrenten** als kapitalgedeckte Ergänzung.
4. **Vorläufig kein Obligatorium**, sondern zunächst eine Bewährungsfrist für freiwillige Lösungen.

Mit diesem Konzept will der Eberbacher Kreis den Weg für ein stabiles, zukunftsfestes System der Alterssicherung ebnen – und der deutschen Rentenpolitik eine neue Richtung geben.

»Public Data – besser mit Behördendaten umgehen«

Berlin, 30. September 2025 – Mit großem Zuspruch fand die zweite Konferenz »Public Data – besser mit Behördendaten umgehen« am Fraunhofer-Institut FOKUS in Berlin statt. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Wissenschaft und Praxis diskutierten über die Chancen und Herausforderungen des modernen Datenmanagements in der öffentlichen Verwaltung.



Die Veranstaltung machte deutlich, wie zentral der richtige Umgang mit Daten für eine zukunftsfähige Verwaltung ist. In Vorträgen und Fachsessions wurde über innovative Ansätze im Datenmanagement, rechtliche Rahmenbedingungen sowie konkrete Anwendungsbeispiele aus Behördenpraxis und Forschung gesprochen. Besonders die Vielfalt der Themen und die Tiefe der Diskussionen unterstrichen die hohe Relevanz der Konferenz.

Für Interessierte, die nicht vor Ort sein konnten, stehen die **Vortragsunterlagen und Präsentationen** im Webpace von Fraunhofer FOKUS zum Download bereit. Damit wird der Austausch auch über die Veranstaltung hinaus fortgeführt.

Das Organisationsteam betonte die Bedeutung des Feedbacks der Teilnehmenden: Über einen Online-Fragebogen können Eindrücke, Anregungen und Wünsche übermittelt werden. Diese Rückmeldungen sollen direkt in die Vorbereitung künftiger Veranstaltungen einfließen und das Programm noch stärker an den Bedürfnissen der Verwaltungspraxis ausrichten.

„Die Konferenz hat erneut gezeigt, dass Datenmanagement ein Schlüsselthema für die digitale Transformation des öffentlichen Sektors ist“, heißt es aus dem FOKUS-DPS-Team. Man freue sich, die Community bald wieder in Berlin begrüßen zu dürfen.

V.r.n.l.: Prof. Dr. Manfred Hauswirth – Geschäftsführender Institutsleiter
Klaus-Dietrich Schmitt, Vorsitzender der GVV

Stellenbewertung leicht gemacht

Funktionsträger der GVV nahmen bereits an einem Webinar teil. Wir können das Programm für die Berliner Verwaltung empfehlen. Auf der Webseite finden Sie die Webinar-Termine sowie eine Übersicht über den Inhalt.

<https://www.kasaia.de/news/>

Hier der nächste Termin, wo Sie sich kostenfrei anmelden können:

Freitag, den 28.11.2025 von 10:30 – 12:00 Uhr

Fahrradleasing für Beschäftigte des Landes Berlin

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Das Fahrradleasing für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gilt bundesweit als Trendmodell für klimafreundliche Mobilität und Arbeitgeberattraktivität. Doch in Berlin bleibt die Umsetzung bislang unklar – trotz politischer Initiativen, konkreter Angebote in landeseigenen Unternehmen und wachsender Nachfrage.

Ein Informationsschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen aus Dezember 2024 macht deutlich, warum das Vorhaben bisher nicht umgesetzt wurde. Zwar sieht der Tarifvertrag der Länder (§ 19b TV-L) grundsätzlich eine Entgeltumwandlung zum Fahrradleasing vor. Doch für die Umsetzung müssen zunächst technische und rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden.

Zu den Herausforderungen des Fahrradleasings zählen unter anderem die europaweite Ausschreibung eines Dienstleisters, die Klärung der Zuständigkeiten für Vertragsverwaltung sowie mögliche Nachteile für Beschäftigte durch sinkendes Nettoeinkommen und geringere Sozialleistungen.

Der Senat verweist darauf, dass die Attraktivität als Arbeitgeber durch Fahrradleasing steigen könnte, gleichzeitig aber Einbußen bei Rente und Sozialleistungen drohen. Eine Entscheidung, ob und in welcher Form das Modell in Berlin eingeführt wird, steht noch aus.

Unternehmen zeigen, wie es geht

Während die Verwaltung zögert, sind zahlreiche landeseigene Unternehmen längst weiter. Eine Schriftliche Anfrage der Grünen aus Mai/Juni 2024 zeigt:

BVG, BSR, Berliner Wasserbetriebe, BEW, Stromnetz Berlin und weitere Gesellschaften haben Fahrradleasing bereits erfolgreich eingeführt.

Vivantes, degewo, Gewobag oder Tegel Projekt bereiten die Einführung für 2024/2025 vor.

Nur wenige Unternehmen verzichten darauf, meist wegen geringer Nachfrage, hohen Verwaltungsaufwands oder fehlender tariflicher Grundlage.

Damit haben tausende Beschäftigte in Berlin bereits Zugang zum Jobrad – allerdings nicht die Beschäftigten der Senats- und Bezirksverwaltungen.

Abgelehnter Antrag im Abgeordnetenhaus

Am 20. Februar 2025 diskutierte das Berliner Abgeordnetenhaus einen Antrag der Grünen mit dem Titel „Fahrradleasing für Beschäftigte des Landes Berlin endlich ermöglichen!“. Ziel war es, den Landesbediensteten – wie bereits in vielen Unternehmen üblich – die Entgeltumwandlung für ein Jobrad zu eröffnen.

Die Abstimmung fiel jedoch gegen den Antrag aus: CDU, SPD und AfD stimmten mehrheitlich dagegen, Grüne und Linke unterstützten ihn. Damit bleibt das Thema zunächst auf Eis.

Zwischenfazit

Berlin steckt beim Thema Fahrradleasing in einem Dilemma: Einerseits befürworten viele Unternehmen und Beschäftigte das Modell, andererseits blockieren rechtliche Unsicherheiten und politische Mehrheitsverhältnisse eine Umsetzung im öffentlichen Dienst der Verwaltung.

Ob das Land Berlin hier bald nachzieht oder ob die Initiative endgültig versandet, bleibt abzuwarten. Für viele Bedienstete heißt es weiterhin: abwarten und hoffen – während ihre Kollegen in landeseigenen Betrieben längst mit dem Jobrad unterwegs sind.

Die Gewerkschaft Verwaltung und Verkehr wird das Thema JobRad in den Dialog mit der Politik einbringen und über neue Entwicklungen zeitnah informieren.

Sozialämter am Limit

In Berlin droht den Sozialämtern der Kollaps. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Während ein:e Sachbearbeiter:in im Bundesdurchschnitt für rund 188 Fälle zuständig sein sollte, liegt die Quote in vielen Berliner Bezirken weit darüber. In Mitte muss eine Fachkraft bis zu 395 Fälle gleichzeitig betreuen, in Tempelhof-Schöneberg sind es um die 350. Von einer verantwortbaren Betreuung der Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, kann längst keine Rede mehr sein. Überlastung als Dauerzustand



Der Personalmangel ist kein neues Phänomen, sondern seit Jahren bekannt. Hinzu kommen steigende Fallzahlen: mehr ältere Menschen mit Anspruch auf Grundsicherung, mehr Pflegebedürftige, mehr Anträge auf Hilfe im Alltag. Während die Gesellschaft wächst und altert, bleibt die Verwaltung im Status quo verhaftet. Wartezeiten von Monaten – in einigen Fällen sogar über einem Jahr – sind für Antragsteller bittere Realität.



Politische Versprechen – eine leere Hülle Zwar reagierte die Politik auf einen Brandbrief der Bezirksstadträte: Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe kündigte Digitalisierungsschritte an und versprach, die Bearbeitung von Anträgen effizienter zu machen. Doch zwischen Ankündigung und Umsetzung klafft eine Lücke. Noch immer fehlt es an Personal, noch immer sind die technischen Systeme veraltet, noch immer türmen sich die Aktenstapel in den Ämtern. Die groß angekündigte „Entlastung“ bleibt für die Mitarbeiter bislang unsichtbar.



Die Haushaltsfrage als Ausrede

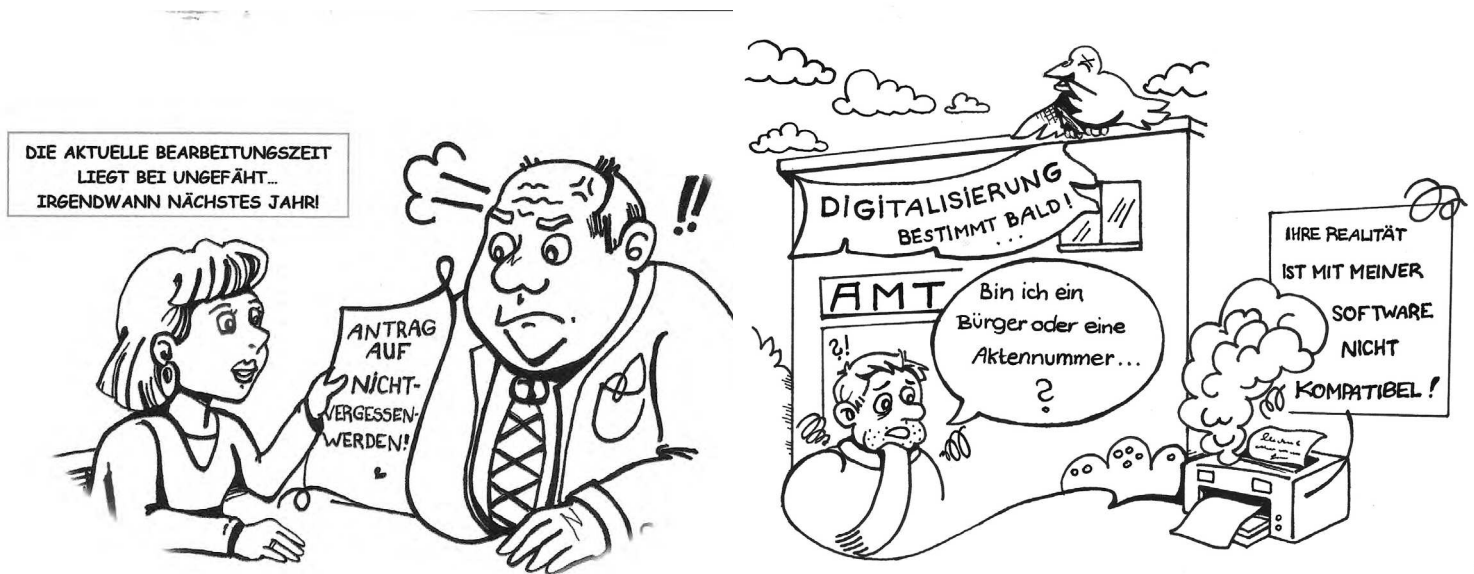
Verschärft wird die Lage durch die angespannte Haushaltslage in Berlin. Bezirke beklagen, dass ihnen nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um Personal aufzustocken oder die technische Infrastruktur zu modernisieren. Gleichzeitig werden politische Versprechen gemacht, die ohne zusätzliche finanzielle Mittel schlicht nicht haltbar sind. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit könnte größer kaum sein.



Die bittere Wahrheit

Die Wahrheit ist: Berlin lässt seine Sozialämter sehenden Auges in die Überlastung laufen. Statt langfristiger Personalplanung gibt es kurzfristige Digitalisierungsprojekte, statt klarer Finanzausgaben folgen vage Versprechen.

Die Leidtragenden sind nicht nur die überlasteten Mitarbeiter, sondern vor allem die Menschen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind – Pflegebedürftige, Erwerbslose, Menschen in Notlagen.



Die Fallzahlen stammen aus einer Recherche von rbb24 (April 2025). Dort wird über die Überlastung in den Berliner Sozialämtern berichtet und die durchschnittlichen Fallzahlen pro Sachbearbeiter:in nach Bezirken aufgeführt.

Quelle: rbb24 – „Sozialämter in Berlin: Zu viele Fälle, zu wenig Personal“ (April 2025)

Interesse an Gewerkschaftsarbeit?

„Du möchtest dich für gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Solidarität einsetzen? Dann mach mit bei unserer Gewerkschaftsarbeit!“

Der Zeitaufwand ist überschaubar – bereits 30 bis 60 Minuten pro Woche reichen, um aktiv mitzuwirken und einen echten Beitrag zu leisten.

Wenn du Interesse hast, laden wir dich herzlich ein, einmal an unseren Vorstandssitzungen teilzunehmen. Dort bekommst du einen Einblick in unsere Arbeit, kannst Fragen stellen und direkt mitgestalten.

Melde dich einfach per Mail: info@gewerkschaftsverwaltungverkehr.de bei uns – wir freuen uns auf neue engagierte Kolleginnen und Kollegen!“

Wo kann man Trauern und gibt es Grenzen

Viele Menschen wünschen sich, an der Grabstätte ihrer Verstorbenen zu trauern. Sie wollen in ihrer Nähe sein, spüren, dass da ein Ort ist, an dem sie ihre Gedanken sammeln und Erinnerungen lebendig halten können.

Doch manchmal führen Begegnungen dazu, dass sich diese Sichtweise verändert.

Während meiner Tätigkeit als Friedhofsverwalter auf einem Friedhof in Brandenburg kam eine Frau auf mich zu - eine Witwe, die aus Berlin in unser Dorf gezogen war. Sie überlegte, ihren verstorbenen Mann, der in Berlin beerdigt war, umzubetten, um ihn bei sich zu haben. Eine emotionale Entscheidung, verbunden mit großem Aufwand - nicht nur organisatorisch, sondern auch emotional.



Wir verabredeten uns auf dem Friedhof, suchten gemeinsam einen schönen Platz für eine mögliche neue Ruhestätte. Ich bat die Frau, sich auf eine nahegelegene Bank zu setzen, und setzte mich zu ihr. Wir verweilten in der stillen Atmosphäre, während ein sanfter Wind durch die Bäume strich, die Sonne uns wärmte und die Vögel zwitscherten.

Nach einer Weile fragte ich sie, was ihr gerade durch den Kopf gehe. Sie antwortete, wie schön es sei - es erinnere sie an gemeinsame Stunden mit ihrem Mann im Park, an die Ruhe, das Zusammensein, das Glück der kleinen Momente. Ich fragte sie vorsichtig, ob es nicht genau das sei, was wirklich zähle: Die Erinnerungen im Herzen, die Gedanken im Kopf - unabhängig vom Ort?

Ich erzählte ihr, dass ich, wenn ich über einen Friedhof gehe, immer an meine Eltern denke - ganz gleich, wo ich bin. Ob ihr Mann nicht auch jetzt, hier, in diesem Moment, ganz nah sei? Dass wahre Nähe nicht durch einen bestimmten Ort entsteht, sondern in unserem Inneren lebt.

Die Frau lächelte. Sie verstand. Schließlich entschied sie, ihren Mann in Berlin ruhen zu lassen. In den folgenden Wochen sah ich sie immer wieder auf „unserer“ Bank. Sie wirkte ruhig, fast zufrieden - in sich gekehrt, aber nicht mehr verloren. An einem späteren Tag, dem Todestag ihres Mannes, kamen wir wieder ins Gespräch. Sie sagte: „Danke, Herr Stöhr. Es war die richtige Entscheidung. Ich spüre ihn hier genauso wie dort. Der Ort ist anders - die Nähe nicht.“

Diese Begegnung hat mich nachhaltig berührt. Es ging nicht um die Kosten einer Umbettung, sondern um Mitgefühl, um Zuhören und um Zeit. Unsere Arbeit - ob in der Verwaltung oder als Friedhofspfleger - zeigt, wie wichtig menschliche Begleitung im Trauerprozess ist. Wie bedeutend es ist, Menschen Raum und Verständnis zu geben, damit sie für sich selbst einen guten Weg finden können.

Denn trauern kann man überall - auf jedem Friedhof der Welt, auf jeder Bank, an jedem stillen Ort. Unsere Verstorbenen müssen nicht körperlich nah sein, um im Herzen präsent zu bleiben. Sie leben in unseren Gedanken, in unserer Erinnerung, in der Wärme unserer Seele. Und das ist es, was zählt.

V.i.S.d.P: Lutz Stöhr GVV-Gewerkschaft Verwaltung und Verkehr-FÜR EUCH 20.06.2025

Frau Anders-Granitzki, Bezirksstadträtin SGA und Lutz Stöhr vom Personalrat

• **Wo kann man trauern?**

Überall dort, wo man innerlich in Verbindung mit den Verstorbenen treten kann: am Grab, zu Hause, an einem vertrauten Platz in der Natur oder auch unterwegs. Entscheidend ist nicht der Ort, sondern die innere Haltung, die Erinnerung und die Gefühle, die zugelassen werden.

• **Gibt es Grenzen?**

Grenzen entstehen eher durch äußere Umstände (z. B. Friedhofsordnungen, rechtliche Vorschriften zu Umbettungen) oder durch gesellschaftliche Erwartungen, wie man „richtig“ trauern sollte. Innerlich gibt es jedoch keine klaren Grenzen – jeder Mensch trauert auf seine Weise und in seinem eigenen Tempo.

• **Empathie im Umgang mit Trauernden:**

Mein Beispiel mit der Witwe zeigt, wie wertvoll Zuhören, gemeinsames Schweigen und ein achtsames Gespräch sein können. Nicht das „Problem lösen“ oder Kostenargumente standen im Vordergrund, sondern das Ernstnehmen und Begleiten ihrer Gefühle.

• **Die Erinnerung als Ort der Nähe:**

Das Verstorbene in Gedanken, im Herzen und in der Seele weiterleben. Es macht deutlich: Man kann auch ohne physische Nähe trauern und Verbundenheit spüren.

V.i.S.d.P: Lutz Stöhr GVV-Gewerkschaft Verwaltung und Verkehr-FÜR EUCH



Personalversammlung BA. Pankow 2025

Ich begrüße die Bezirksbürgermeisterin Frau Dr. Koch, die Stadträtinnen und Stadträte – und vor allem Sie, die Beschäftigten des BA. Pankow. Denn ohne Sie bewegt sich hier gar nichts. Mein Name ist Stöhr, Lutz Stöhr. Viele kennen mich aus dem Newsletter der GVV. Ich bin 60 Jahre jung, war tätig als Schlosser, Kraftfahrer und heute als Verwaltungsmitarbeiter, als Mitarbeiter im örtlichen Personalrat von Pankow und im Hauptpersonalrat. Ich habe viel erlebt – und gelernt, Das Wichtigste „Niemals aufzugeben“. Wenn es um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen geht: „mein Name ist Stöhr, Lutz Stöhr“ ich störe gerne. Und zwar so lange, bis sich etwas bewegt.

Wir fordern: flächendeckend Wasserspender – im BA. Pankow in allen Gebäuden auch in den Bibliotheken, in Außenbereichen, dort, wo Kolleginnen und Kollegen unter der Sonne schuften wie etwa auf den Schulhöfen, Friedhöfen, in Parks, auf Sportplätzen und Baustellen.

Gesundheitsschutz darf nicht am Geld scheitern.

Viele fragen sich: Warum komme ich eigentlich noch zur Arbeit? Wegen des Teams? Wegen der Freude an der Aufgabe? Oder nur, weil das Gehalt am Monatsende da ist? Wir fordern: ein Klima, das motiviert – durch echte Wertschätzung, klare Perspektiven und faire Bedingungen. Wer das nicht liefert, riskiert, dass Kolleginnen und Kollegen innerlich kündigen oder ganz gehen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich war selbst alleinerziehender Vater. Ich weiß, wie hart es ist, wenn Beruf und Familie kollidieren. Deshalb fordern wir: Mobiles Arbeiten darf nicht künstlich eingeschränkt werden. Zwei Tage pro Woche sind möglich – also muss das auch gelten. Ohne Wenn und Aber. Und die 50%-Anwesenheitsquote? Die gehört weg. In kleinen Teams ist sie praxisfern. Die Belastung ist längst am Limit. Stellen sind unbesetzt, Aufgaben türmen sich. Die Folgen: Kopf- und Rückenschmerzen, Schlafprobleme, Burnout. Manche haben innerlich gekündigt.

Unsere Forderung: Belastungen ernst nehmen, Ergebnisse aus BEM-Verfahren nicht verzögern, sondern konsequent umsetzen und Entlastung schaffen – durch mehr Personal, echte Priorisierung und moderne Arbeitsmittel. Ich habe den Eindruck Überlastungsanzeigen kommen nicht an, oder sind nur ein Statistisches Erfassungsprodukt um nicht daraus ernst zu nehmende Gefahren erkennen zu müssen. Das Land Berlin spart. Mietverträge laufen aus. Beschäftigte ziehen in landeseigene Gebäude – oft ohne Kantine, ohne Parkplätze, mit längeren Wegen. Teams werden auseinandergerissen, Arbeitsplätze werden verdichtet und führen zu Belastungen.

Wir fordern: Veränderungen dürfen nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg beschlossen werden. Transparenz und Mitsprache sind Pflicht. Wie bei den Kollegen aus dem Bereich der Parkraumüberwachung, aus einen Drei-Schicht-System 2017 wurde als familienfreundlicher Arbeitgeber, ein Zwei-Schichtsystem, als der familienfreundliche Arbeitgeber wird 2026 wieder ein Drei-Schicht-System, ohne die Kollegen im Vorhinein zu befragen. Beschlossen und Punkt.

Meine klare Botschaft an die Personalverantwortlichen:

Hören Sie auf, Probleme schönzureden. Wir brauchen Lösungen – jetzt. Transparenz, Gespräche und Empathie sind kein Luxus, sondern Grundvoraussetzungen. Ich nehme Kritik als Ansporn. Und ich sage es noch einmal: Mein Name ist Stöhr, Lutz Stöhr, ich störe gerne – wenn es um die Kolleginnen und Kollegen geht. Und zwar so lange, bis sich etwas bewegt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Arbeit und Leben wieder im Gleichgewicht stehen. Am 3. Dezember 2025 starten die neuen Tarifverhandlungen. Unser Ziel ist klar: spürbar mehr Einkommen für alle. Wir müssen kämpfen, beteiligt euch an Aktionen, der Gewerkschaften. Jede Teilnahme zählt. Nur gemeinsam können wir Druck machen und etwas bewegen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

V.i.S.d.P: Lutz Stöhr GVV-Gewerkschaft Verwaltung und Verkehr-FÜR EUCH

Bild unten: Lutz Stöhr, Personalrat Pankow





Eine GVV-Mitgliedschaft lohnt sich!

Als unser Mitglied müssen Sie dafür keinen zusätzlichen Beitrag entrichten

Als Mitglied unterstützen Sie uns dabei, Ihre Anliegen sowie die Interessen Ihrer Kollegen und Kolleginnen durchzusetzen. Darüber hinaus können alle GVV-Mitglieder direkten Einfluss auf Beschlüsse der Gewerkschaft nehmen.

Dank des von uns organisierten juristischen Beistands konnten in der Berliner Verwaltung bereits viele befristete in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Die GVV hat auch mehrere Klagen initiiert, die oftmals erst in letzter Instanz oder vom Bundesverfassungsgericht entschieden wurden. Themen waren und sind hier etwa die Gültigkeit des Nahverkehrstarifvertrages und der Mindestlohntabelle bei der Altersteilzeit, die Rechtswirksamkeit der VBL-Startgutschrift und die verletzte Alimentationspflicht bei der Besoldung von Berliner Beamtinnen und Beamten.

Vorteile für Mitglieder

Als Mitglied profitieren Sie außerdem von

Unserer Rechtsberatung und unserem Rechtsschutz.

Wir unterstützen Sie bei der Lösung arbeitsrechtlicher Fragen. Hierfür kooperiert die GVV mit der Rechtsanwaltskanzlei Erasmus Hardtmann.

Unserem zusätzlichen Versicherungsschutz.

Im Mitgliedsbeitrag zusätzlichen Versicherungsschutz. Im Mitgliedsbeitrag

sind eine Dienstaufpflicht und eine Unfallversicherung bereits enthalten. Weitere Infos auf unserer Website <https://www.gewerkschaftverwaltungund-verkehr.de/ihre-vorteile-auf-einen-blick/>

GVV-Mitglieder können zudem von vergünstigten Tarifen bei anderen Versicherungsarten profitieren.

Unserem Streikgeld und Unterstützung bei Warnstreiks

Da während eines Arbeitskampfes kein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht, unterstützen wir unsere Mitglieder in dieser Zeit mit Zahlungen aus unserem Streikfonds.

Unseren Veranstaltungs- und Weiterbildungsangeboten

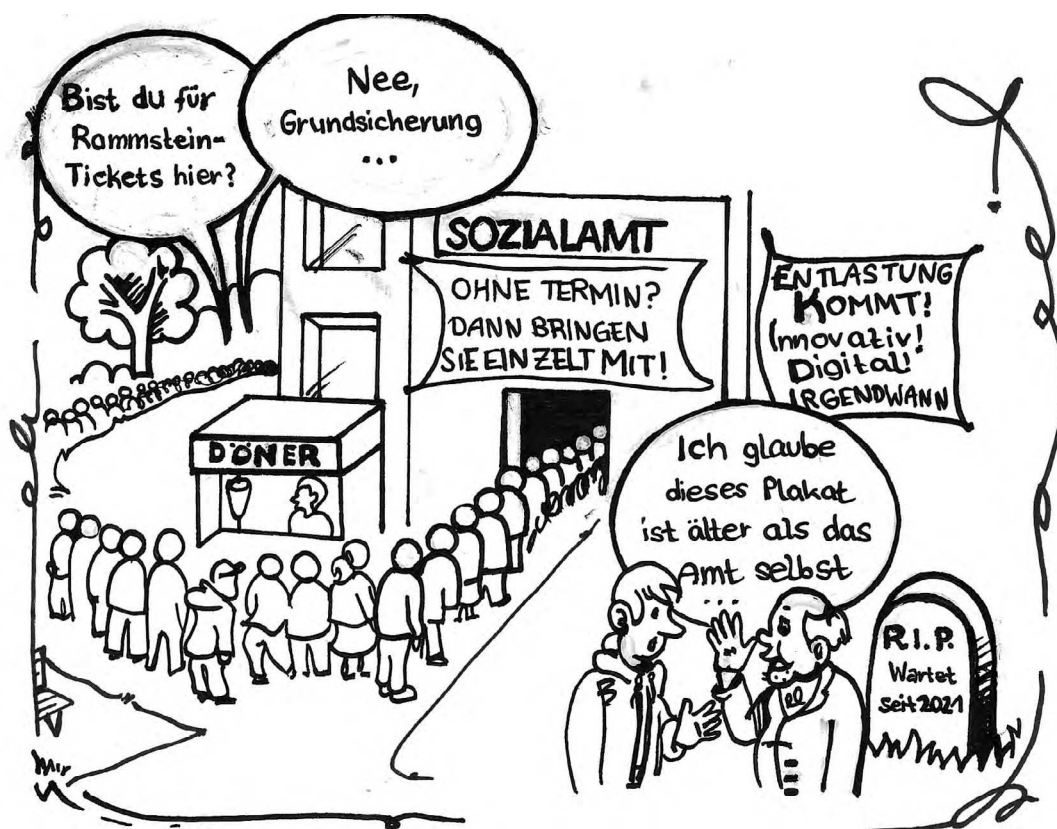
Die GVV bietet für Ihre Mitglieder regelmäßig kostenlose Weiterbildungen und Seminare an. Darüber hinaus erhalten sie Zugriff auf verbilligte Tickets für diverse Messen und Veranstaltungen.

Einheitlicher Mitgliedsbeitrag: 10 Euro

Der Beitrag für die Mitgliedschaft in der GVV beträgt 10 Euro pro Monat. Bei jährlicher Vorauszahlung bis zum 31. Januar sind 110 Euro fällig. Unser Mitgliedsbeitrag wird einheitlich erhoben, sodass sich Einkommenssteigerungen nicht auf dessen Höhe auswirken.

zu Seite 1





Cartoon: Jessica Naumann

GANZ ZUM SCHLUSS ...

Sie möchten mehr über die GVV erfahren? Sie möchten sich in der GVV engagieren? Sie möchten anderen die GVV näherbringen? Wir freuen uns darüber.

Als zuständige Gewerkschaft sind wir aufgrund unserer verfassungsrechtlich geschützten Betätigungsfreiheit grundsätzlich berechtigt, E-Mails zu Werbezwecken auch ohne Zustimmung des Arbeitgebers und Aufforderung durch die Arbeitnehmer

an die betrieblichen E-Mail-Adressen der Beschäftigten zu versenden. Eine ausführliche Expertise zu dem Thema können Sie im Newsletter Juli/August 2018 auf unserer Website nachlesen.

Selbstverständlich respektieren wir, wenn Sie keine E-Mail wünschen. Bitte teilen Sie uns das per E-Mail an info@gewerkschaftverwaltungundverkehr.de mit, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen können.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Gewerkschaft Verwaltung und Verkehr
Postfach 20 07 39
13517 Berlin

Vertreten durch ihren Vorstand:

Klaus-Dietrich Schmitt, Vorsitzender (V.i.S.d.P.)
Uwe Winkelmann, stellv. Vorsitzender und Schatzmeister
Gabriele Schubert, stellvertretende Vorsitzende

KONTAKT

<http://www.gewerkschaftverwaltungundverkehr.de/>
E-Mail: info@gewerkschaftverwaltungundverkehr.de

Fotos/Darstellungen:

GVV, pexels, pixabay, privat, unsplash, wikipedia

Layout/Satz:

www.hasenecker.de

Redaktion: Michael Theis